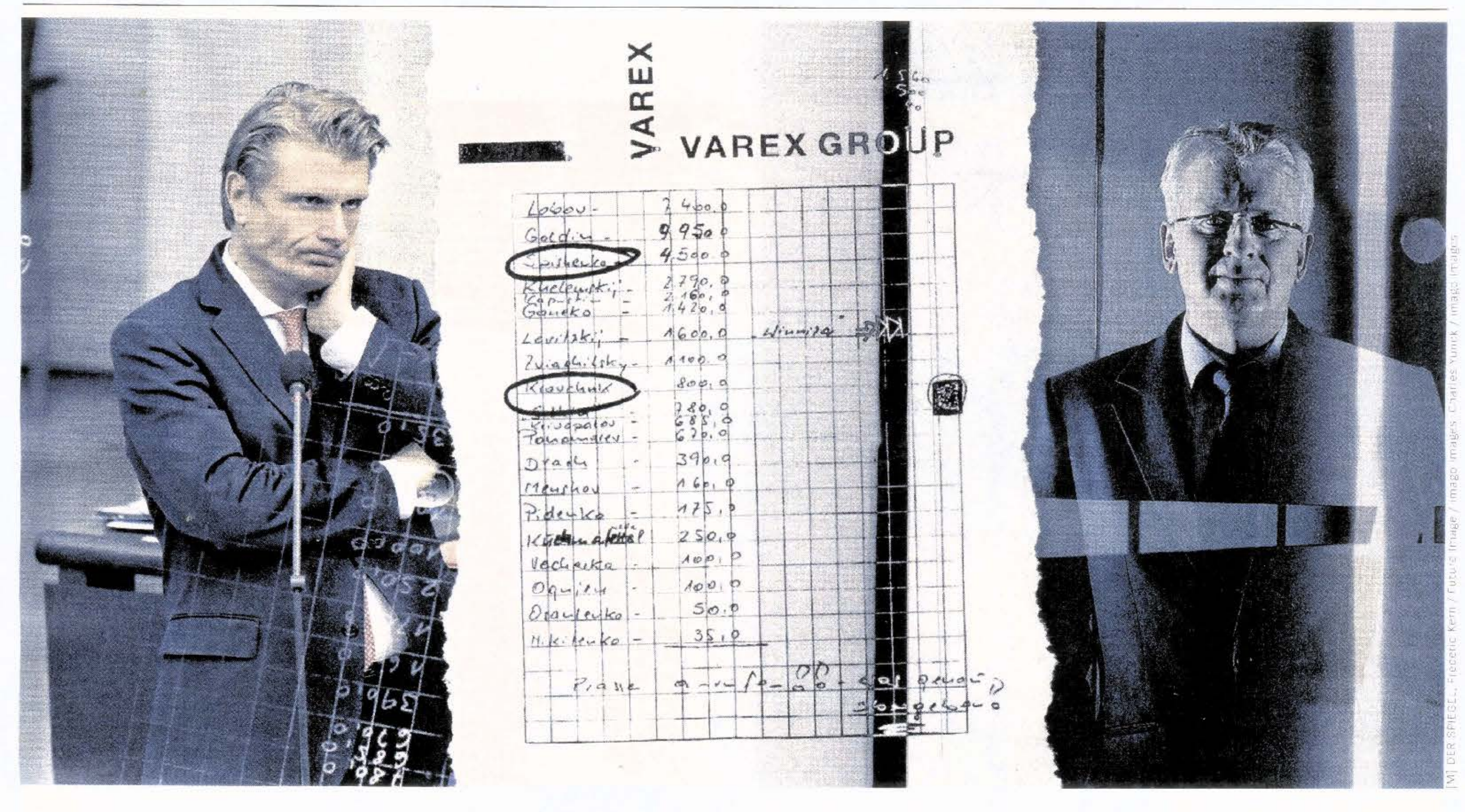


[M] DER SPIEGEL; Frederic Kern / Future Image / imago images; Charles Yunck / imago images

Inkassobüro im Kanzleramt

AFFÄREN Prominente CDU-Politiker spannen die Bundesregierung ein, um für eine dubiose Münchner Firma in der Ukraine Millionen einzutreiben. Auch Wirtschaftsminister Altmaier warf sich für die Firma in die Bresche.

Der Brief des Bundeswirtschaftsministers beginnt staatstragend. Ihn treibe die Sorge um die »deutsch-ukrainischen Wirtschaftsbeziehungen«, schreibt Peter Altmaier (CDU) im Dezember 2018 an den ukrainischen Premierminister. Die Bundesrepublik wolle »Handel und Investitionen« mit der Ukraine zwar gern vorantreiben, dafür müssten aber dringend »Altschadensfälle« ausgeräumt werden, so der Minister, die »vor allem kleine und mittlere Unternehmen bis heute belasten«. Das Schreiben liest sich wie eine subtile Drohung: Die Klärung der Angelegenheit sei »von zentraler Bedeutung« für die weitere Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Berlin und Kiew.

Die Angelegenheit, für die sich Altmaier auf höchster Ebene in die Bresche wirft, ist dubios. Der Minister sorgt sich nicht etwa um die Probleme deutscher Mittelständler in der Ukraine. Sondern um eine einzige Firma: Varex.

Varex? Das Unternehmen hat keine Website, keinen Telefonbucheintrag und laut Bundesanzeiger gerade einmal drei Mitarbeiter. An der Klingel der Villa östlich von München klebt nur ein Papieraufkleber mit dem Firmennamen. Selbst in Altmaiers eigenem Ressort vermag kaum ein Beamter zu sagen, womit das Zwerg-Unternehmen eigentlich sein Geld verdient.

Imposant hingegen ist die Zahl der politischen Fürsprecher: Im Lobbyeinsatz für die Firma sind neben Altmaier zwei Parlamentarische Staatssekretäre im Wirtschaftsministerium, mindestens ein aktueller und ein ehemaliger Bundestagsabgeordneter der CDU. Sogar das Bundeskanzleramt war offenbar involviert.

Varex-Vertreter schildern den Fall so: Anfang der Neunzigerjahre habe die Firma Computertomografen von Siemens an die Ukraine geliefert, die

CDU-Politiker Bareiß, Anwalt Wellmann, Varex-Liste mit Namen ukrainischer Politiker

Vereinbarung wurde 1991 mit dem damaligen Gesundheitsminister geschlossen. Kiew habe hierfür eine Bürgschaft der Nationalbank vorgelegt. Die Geräte wurden geliefert, doch die ukrainischen Geschäftspartner hätten Varex geprellt. Obwohl die Forderung von der Ukraine »ausdrücklich anerkannt« worden sei, seien sie insgesamt rund 40 Millionen Euro schuldig geblieben. So steht es in einem Schreiben an die Präsidialverwaltung in Kiew.

In seinem aktuellen Jahresabschluss führt das Unternehmen wiederum eine ganz andere Summe auf: Die Schuld belaufe sich auf über eine Milliarde Euro, so viel sei an Zinsen seit 1993 aufgelaufen. Bereits 1998 habe Varex eine ukrainische Schiedskammer angerufen, um an das Geld zu gelangen. Nachdem die Regierung aber ihre Teilnahme verweigert habe, habe die Kammer empfohlen, Varex zu entschädigen. 2003 wiederum habe Kiew ein Vergleichsangebot über 73 Millionen Euro ausgeschlagen. Das Geld will Firmeneigner Norbert Peters nun mithilfe der Bundesregierung eintreiben.

In Berlin verweist man darauf, es sei Standard, dass Anliegen deutscher Firmen im Ausland »außenwirtschaftspolitisch flankiert« würden. Die Bundesregierung hat sich die Argumentation von Varex weitgehend zu eigen gemacht, trotz der fragwürdigen Vergangenheit der Firma.

Dabei würde schon der Markt, in dem Varex aktiv war, Vorsicht gebie-

ten. Der Handel mit Medizintechnik im Ostblock war lange von korrupten Netzwerken durchsetzt, etliche Zwischenhändler schmierten Entscheidungsträger. Involviert war auch Siemens, der Konzern brauchte Jahre, um seine Verwicklung in den Skandal aufzuarbeiten.

Der Name Varex ist in der Ukraine zudem verbunden mit einer Staatsaffäre. In den Neunzigerjahren zeichnete eine parlamentarische Ermittlungsgruppe um den Oppositionsabgeordneten Grigorij Omeltschenko, ein Ex-Kriminalpolizist, nach, dass Firmen in Deutschland Gelder an ukrainische Politiker verschoben hatten. In den Unterlagen von damals findet sich eine Überweisung von 1993 über 600 000 Mark an ein Konto mit der Chiffre »457 Maria« in der Schweiz, das die Familie des damaligen ukrainischen Präsidenten nutzte. Dieser wurde von Ermittlern in Kiew verhört, stritt die Vorwürfe indes ab. Das Verfahren wurde eingestellt.

Unterlagen in dem Verfahren hatten auch deutsche Fahnder beigesteuert, die das damalige Varex-Büro nach einem Rechtshilfeersuchen der Ukraine durchsuchten und Dokumente mitnahmen. Unter den Papieren fand sich eine Skizze, aus der laut ukrainischen Ermittlern hervorgehen soll, welche Summen auf welche Konten verteilt werden sollten. Verfasst war sie auf einem Notizblock des »Bayerischen Hofs«. Ein Beamter, der damals dabei war, sagt, seiner Einschätzung nach sei es darum gegangen, »Gelder an korrupte ukrainische Politiker zu verschieben«. Ein Anwalt der Firma bestätigt die Durchsuchung. Varex-Leute seien damals jedoch bloß Zeugen in einem Verfahren gegen Dritte gewesen. Einzelne Überweisungen könne man nicht mehr nachvollziehen. In keinem Fall sei eine Zahlung an den Präsidenten, dessen Familie oder sonstige ukrainische Politiker erfolgt. Von dem Untersuchungsbericht habe man noch nie gehört, bei den Korruptionsvorwürfen handele es sich um ein »durchsichtiges Manöver der ukrainischen Regierung zur Abwehr berechtigter und vielfach bewiesener Ansprüche«.

Die Vorwürfe gegen Varex sind seit mehr als 20 Jahren öffentlich, ukrainische und russische Medien berichteten darüber. Omeltschenkos Ermittlungsbericht zeichnet ein Bild, das nicht recht zu einem lauteren deutschen Mittelständler passt. Neben dem Medizintechnikhandel war Varex in dem von kriminellen Banden umkämpften ukrainischen Altmetallsektor aktiv. Der Geschäftsführer das Varex-Joint-Ventures »Donkavamet« wurde 1992 in Donezk Opfer eines Auftragskillers.

Trotz der dubiosen Vergangenheit hat das Bundeswirtschaftsministerium beschlossen, Varex zum Lackmustest für Investitionssicherheit in der Ukraine zu erklären. Der Einsatz erstaunt selbst etliche Fachbeamte, die in den vergangenen Monaten von Geschäftsleuten, Anwälten und Parlamentariern belagert wurden. Teil dieser bemerkenswerten Seilschaft sind offenbar auch zwei CDU-Abgeordnete, die in vergangenen Monaten bereits anderweitig auffällig wurden: Joachim Pfeiffer, ehemals wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der Partei, legte Mitte April sein Amt nieder, nachdem bekannt geworden war, dass er zugleich als Wirtschaftsberater für Unternehmen der Energiebranche tätig war. Weitere Auftraggeber seiner privaten Firmen weigerte er sich zu nennen. Und Thomas Bareiß, Parlamentarischer Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, der sich mit fragwürdigen Kontakten zur Diktatur in Aserbaidschan hervortat.

Im Februar 2020 sollen Pfeiffer und Bareiß den ukrainischen Präsidenten Wolodymir Selenskyj am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz bedrängt haben. Einen Monat zuvor war Bareiß bereits mit Vertretern der Firma zusammengekommen. Insgesamt führt die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Manuel Sarrazin drei weitere offizielle Kontakte mit Varex allein im vergangenen Jahr auf. Neben Bareiß war im Ministerium auch Marco Wanderwitz (CDU) mit dem Fall betraut, ebenfalls Parlamentarischer Staatssekretär. Pfeiffer gibt auf Anfrage an, er habe Selenskyj nicht angesprochen. Das Ministerium ließ Fragen zur Rolle von Bareiß und Wanderwitz unbeantwortet. Varex räumt Gespräche mit den beiden Staatssekretären ein, an den genannten Terminen habe es aber keine Treffen mit Ministeriumsvertretern gegeben.

Ein anderes Treffen fehlt ganz in der Aufstellung der Regierung. Es fand am 3. Juli 2020 im Kanzleramt statt. Dort kamen der CDU-Abgeordnete Christian von Stetten, Varex-Anwalt Karl-Georg Wellmann und ein ukrainischer Vertreter zusammen. Der Berliner Rechtsanwalt Wellmann ist eine Schlüsselfigur in dem Fall. Sowohl in der Unionsfraktion als auch in der Ukraine ist Wellmann kein Unbekannter. Bis 2017 saß er zwölf Jahre lang für die CDU im Bundestag. Schlagzeilen machte er unter anderem dadurch, dass er mit dem ukrainischen Gas-Milliardär Dmytro Firtasch eine »Agentur für die Modernisierung der Ukraine« aufbauen wollte. Daraus wurde nichts. Firtasch sitzt seit Jahren in Wien fest, von dort aus kämpft er gegen ein US-Auslieferungsersuchen. Firtaschs Anwälte weisen die US-Vorwürfe zurück. Das Kanzleramt will inhaltlich nicht mit dem Varex-Treffen befasst gewesen sein, man habe dafür »lediglich einen Raum zur Verfügung gestellt«.

Ähnlich wie Bareiß zählt Wellmann zur Aserbaidschan-Connection der Union. Im September 2011 reiste er zu einer Unabhängigkeitsfeier in die Hauptstadt Baku, Flug und Luxushotel bezahlte die aserbaidschanische Regierung. 2017 verlor Wellmann eine Kampfabstimmung um die Bundestagskandidatur in seinem Berliner Kreisverband. Inzwischen verdient er als Notar und Rechtsanwalt sein Geld. In der Causa Varex agiert er als Strippenzieher und nutzt alte Kontakte, um Treffen in Kiew und Berlin zu organisieren.

Für Irritation auf ukrainischer Seite sorgt der Eifer der Deutschen in dem Fall.

Für Irritation auf ukrainischer Seite sorgt, welchen Eifer die Deutschen in dem Fall entwickelt haben. So äußerte das Wirtschaftsministerium in einem Schreiben vom Februar 2020 an die ukrainische Seite erheblichen Unmut, dass Altmaier auf mehrere Interventionen im Fall Varex aus Kiew »keine Antwort erhalten« habe. Das Ministerium werde daher eine »Delegation unter Leitung der Bundestagsabgeordneten Christian von Stetten und Dr. Joachim Pfeiffer nach Kiew entsenden, um diesen Fall im Büro des Staatspräsidenten erneut anzusprechen«.

Angekündigt werden die Reisepläne der Abgeordneten auch vom Berliner Verleger Detlef Prinz, in seiner Funktion als »Kurator« der Stiftung Familienunternehmen. Es wirke sich sicher positiv auf das Image des Landes aus, wenn deutsche Familienbetriebe in der Ukraine investierten, lockte Prinz in einem Brief an eine enge Mitarbeiterin Selenskyjs. Allerdings müsse sie wissen, »dass dazu die alte Angelegenheit Varex operativ und endgültig gelöst werden muss«. CDU-Mann Stetten bestätigt die Ukraine-Reise und Kontakte mit Varex. Er habe sich dabei in seiner Funktion als Mittelstandspolitiker lediglich »unabhängig informiert« und in der Angelegenheit auch »keinen finanziellen oder sonstigen Vorteil erlangt«. Sein Parteikollege Pfeiffer sei in Kiew nicht dabei gewesen. Pfeiffer selbst sagt, er habe nicht einmal eine Reise geplant.

Die von Varex geforderte Summe ist für die Ukraine viel Geld: 40 Millionen Euro entsprechen in etwa dem Jahreshaushalt ihres Landwirtschaftsministeriums. Für deutsche Verhältnisse ist der Betrag so klein, dass allein die Summe kaum erklären kann, warum die Bundesregierung ihren Partner in Kiew mit solchem Nachdruck bearbeitet – und damit ihre eigene außenpolitische Linie konterkariert. Seit der Maidan-Revolution 2014 mühen sich Deutschland und die EU, die kriselnde Ukraine zu stabilisieren. In den vergangenen Jahren flossen etwa 1,8 Milliarden Euro aus Deutschland in das Land sowie mehrere Milliarden Euro aus der EU.

Die Bundesregierung will nicht sagen, ob ihr die dubiosen Vorgänge rund um Varex bekannt waren. In jedem Fall hätte ein Blick in Bundesanzeiger und Handelsregister gereicht, um skeptisch zu werden. 2020 wechselte die Firma in kurzer Zeit dreimal die Anschrift. Im Frühjahr 2021 wurde der Berliner Verleger Prinz plötzlich Geschäftsführer, verließ den Posten aber nach wenigen Tagen wieder. Er wie auch Varex erklären, es habe sich um einen »Freundschaftsdienst« wegen einer kurzzeitigen Erkrankung des Varex-Chefs gehandelt. Zur Liste der Vorgänger zählen mehrere Personen aus der früheren Sowjetunion, darunter ein Unternehmer aus Moskau, der in Russland ein »Komitee der

Geheimdienstveteranen« führt und als Generalmajor des Inlandsgeheimdienstes FSB im Ruhestand auftritt. Varex gibt an, von dessen Vergangenheit erst durch den SPIEGEL erfahren zu haben. Man habe gemeinsam im Ölsektor Geschäfte machen wollen, woraus aber nichts geworden sei.

Welche Erkenntnisse den deutschen Behörden über Varex konkret vorlagen, ist kaum zu rekonstruieren. Laut bayerischem LKA wurden alle Unterlagen aus Datenschutzgründen vernichtet. Einige der in den Neunzigerjahren bei der Durchsuchung des Münchner Varex-Büros sichergestellten Dokumente sind gleichwohl im Umlauf. So liegt dem SPIEGEL ein Papier mit Varex-Schriftzug vor: links die Namen ukrainischer Politiker, etwa des früheren Präsidenten, rechts daneben Summen. Es wirkt wie ein weiterer Verteilungsplan für Gelder. An dritter Stelle: der Nachname Spischenko. Jurij Spischenko war von 1989 bis 1994 Gesundheitsminister der Ukraine – also jenes Regierungsmitglied, das den Vertrag über den Kauf der Computertomografen mit Varex unterzeichnete. Bestach die Firma etwa den Minister, um die Geräte zu verkaufen? Spischenko ist seit 2010 tot. Varex schließt aus, dass es sich »um eine Auflistung rechtsgrundloser Zahlungen an Entscheidungsträger, etwa zur Bestechung, handeln könnte«.

Der Nachname Spischenko taucht indes nach wie vor im Umfeld der Firma auf: Er steht an der Klingel der Münchner Villa, direkt neben dem Aufkleber mit dem Varex-Schriftzug. Die Initialen stimmen mit jenen von Spischenkos Sohn und Tochter überein. Eine Anfrage ließen beide unbeantwortet. Varex-Anwalt Wellmann hat eine eigene Erklärung: Jemand versuche, seinen Mandanten in schlechtes Licht zu rücken – und habe nachts heimlich die Namensaufkleber angebracht.

Der Abgeordnete Stetten kommt zu dem Schluss, der Fall sei »zu kompliziert, als dass ich ihn abschließend bewerten kann«. Er sei in der Sache daher nicht weiter aktiv geworden. Auch Altmaiers Fachbeamten wird der Fall offenbar suspekt, sie halten sich beim Einsatz für Varex zunehmend zurück.

Als im Dezember 2020 die sogenannte High Level Group für deutsch-ukrainische Wirtschaftsfragen zusammenkam, brachten Wirtschaftsverbände Anliegen mehrerer Unternehmen zur Sprache. Varex war nicht dabei. Partei für die Firma ergriff indes Staatssekretär Wanderwitz: Es sei enttäuschend, dass keine Fortschritte erzielt worden seien, obwohl die Kanzlerin selbst die Angelegenheit doch mit Präsident Selenskyj besprochen habe, soll Wanderwitz nach Aussage mehrerer Teilnehmer gesagt haben. Das Ministerium wollte sich dazu auf Anfrage nicht äußern. Einen direkten Einsatz Merkels für Varex wollte ein Sprecher des Kanzleramts weder bestätigen noch dementieren: Gespräche mit Amtsträgern anderer Staaten seien vertraulich.

Benjamin Bidder, Martin Hesse, Roman Lehberger, Katja Lutska, Gerald Traufetter ■